

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Liechtensteiner Arbeitsmarkt

117 Personen suchen Arbeit

Wie den jüngsten LANV-Mitteilungen zu entnehmen ist, waren per 31. März 1983 insgesamt 117 Personen registriert, die eine Arbeit suchten. Gegenüber dem 31. Dezember des Vorjahres ist damit die Zahl der Stellensuchenden um 31 Personen angestiegen. Ganzarbeitslose waren Ende März dieses Jahres 19 registriert, wovon 6 Personen anspruchsberechtigt sind. Das Total der Stellensuchenden verteilt sich auf 80 Männer und 37 Frauen. Offene Stellen wurden per 31. März 1983 durch das Volkswirtschaftsamt 70 angeboten. Die offenen Stellen verteilen sich laut Statistik wie folgt: Landwirtschaft und Gärtnereien 3, Nahrungs- und Genussmittelbranche 3, Textilindustrie 2, Bekleidung 1, Chemische und Kunststoff-Industrie 1, Metall-, Maschinen-, Elektro-Industrie 12, Wohnungsausstattungen 4, Bauberufe, Verkehrsdienste je 1, Gastgewerbe 15, Hausdienste 7, Kaufmännische Berufe 15, Technische Berufe 3, Gesundheits-Körperpflege 2.

Die Zahl der Teilzeitarbeitslosen hat sich auf 145 Personen erhöht. Im September 1982 gab es laut Statistik noch keine Teilzeitarbeitslosen.

Die Polizei warnt!

Einschleichen in Mauren und in Eschen

Am Mittwoch und Donnerstag der vergangenen Woche wurden um die Mittagszeit in Mauren und in Eschen zwei Einschleichen in Einfamilienhäuser verübt. Die Täterin, eine unbekannte Frau von ungefähr 40-45 Jahren, von mittlerer Statur, mit schwarzen gekrausten, bis zur Schulter reichenden Haaren, dunkelhäutigem Gesicht, die Deutsch mit ausländischen Akzent sprach und einen blau-grauen Regenmantel trug, schlich durch die unversperrte Haustüre in das Schlafzimmer. Als sie vor dem Verlassen des Hauses von den Bewohnern entdeckt wurde, gab sie vor, eine Familie zu suchen, die angeblich in diesem Haus wohne. Die Frau verliess das Haus unter Mitnahme von mehreren Schmuckstücken.

Die Polizei warnt die Bevölkerung wiederholt, unbekannt Personen, vor allem Frauen, die an der Türe um ein Glas Wasser bitten, Eintritt zu gewähren. Werden Unbekannte im Hause angetroffen, bittet die Polizei um rasche Verständigung, damit diese Leute noch in der Umgebung angehalten und überprüft werden können.

Schüleraustausch

Schülerbegegnungen Bendorf/Gamprin-Haag

Im Rahmen des Jubiläums «60 Jahre Zollvertrag» findet am Donnerstag, 5. Mai 1983, die letzte von insgesamt sechs Schülerbegegnungen über den Rhein statt. Es treffen die Fünftklässler von Bendorf-Gamprin und Haag zusammen, um einen Schultag gemeinsam zu verbringen. Dabei ist das folgende Programm vorgesehen: 9.00 Uhr: Die Haager Schüler treffen bei der Kirche in Bendorf ein, Besichtigung der Ausgrabungen unter der Kirche und des Dorfbrunnens; ca. 10.00 Uhr: Besichtigung des neuen Schulhauses, Vorstellung der Gemeinde durch Gamprin Schüler, Erzählung der Teufelsgasse, eventuell Vorstellung der Vereine; Mittagessen; Nachmittag in Haag: Bei schönem Wetter Besichtigung des Naturschutzweihers, bei schlechtem Wetter direkte Fahrt ins Schulhaus, wo die Haager Schüler die Gemeinde vorstellen; abschliessend Spiele in der Turnhalle.

Liechtenstein und der Europarat:

Die Verteidigung unserer Souveränität als Hauptziel

Prinz Nikolaus zieht Bilanz nach vierjähriger Mitgliedschaft - Pressegespräch in Strassburg

Der liechtensteinische Staat und seine Einwohner leben zum wichtigsten Teil von der politischen Souveränität des Landes. Ohne international anerkannte Eigenstaatlichkeit gäbe es kein liechtensteinisches Gesellschaftswesen, und es gäbe auch keine eigenen liechtensteinischen Briefmarken. Es gäbe auch viele andere Privilegien nicht, welche nur dadurch gewährleistet sind, dass Liechtenstein ein souveränes Staatswesen ist. Deshalb muss unser Land in seinen ausserpolitischen Bemühungen auch alles daran setzen, um diese Souveränität auf allen Ebenen zu verteidigen, als eine der wichtigsten Ebenen hat sich die Mitgliedschaft im Europarat erwiesen.

Diese Bilanz zieht der Ständige Vertreter unseres Landes beim Europarat, S. D. Prinz Nikolaus von Liechtenstein nach den Erfahrungen der letzten vier Jahre, seit denen Liechtenstein Vollmitglied dieser umfassendsten Vereinigung europäischer Staaten im Rahmen einer gemeinsamen internationalen Organisation ist.

Was hat uns die Mitgliedschaft gebracht?

Im Rahmen eines Pressegesprächs, das Prinz Nikolaus am Dienstag mit den Vertretern der liechtensteinischen Zeitungen führte, ging er weiter auf die Frage ein, was die Mitgliedschaft beim Europarat unserem Lande konkret gebracht habe.

In mehreren Bereichen sind die Erfolge unbestritten:

- Liechtenstein - vor wenigen Jahren in den internationalen politischen Gremien kaum oder nur als Anhängsel der Schweiz bekannt - wird heute als selbstverständliches und souveränes Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft betrachtet.
- Die Präsenz in Strassburg erlaubt es unseren Vertretern, ständig Kontakt zu hohen Politikern und Beamten aus 21 europäischen Staaten zu halten. Liechtensteinische Anliegen, selbst wenn sie unseren unmittelbaren Nachbarländern vorgetragen werden müssen, könnten in

Strassburg im Rahmen der Parliaments-session, der Ministerrats-Tagungen oder in den verschiedenen Kommissionen vorbesprochen werden. Der persönliche Kontakt macht vieles leichter.

● In kaum einem anderen Gremium ist die Image-Pflege für unser Land im Verhältnis zu den Kosten effizienter als beim Europarat. Auf jedem der jährlich Tausenden von Dokumenten, die hier aufgelegt und in alle Welt verschickt werden, ist Liechtenstein als einer der 21 Mitgliedsstaaten vermerkt. Dies gilt auch für jede Dokumentation, die vom Europarat in den verschiedensten Bereichen herausgegeben wird.

Liechtensteins Ständiger Vertreter, der als Delegierter der Regierung an den Arbeitssitzungen auf Ministerebene teilnimmt und die Mitglieder der liechtensteinischen Parlamentarier-Delegation sind geschätzte Partner bei den Vertretern der befreundeten Nachbarländern und anderer Staaten Europas. Als Vertreter eines Vollmitgliedes nehmen sie an allen Abstimmungen teil und haben mehr als einmal den Ausschlag für diese oder jene Personal- oder Sachentscheidung gegeben.

Geringer Aufwand

Unser Land wendet für seine Präsenz

beim Europarat (einschliesslich des Mitgliedbeitrages von rund 120 000 Franken) pro Jahr keine 500 000 Franken auf: etwa ein Viertel des Gesamtaufwandes für die Aussenpolitik; insgesamt nicht einmal 1 Prozent unseres Staatshaushaltes. Vergleicht man diese Beiträge mit anderen Ausgabe-Posten unseres Budgets, die wir wiederum nur so lange finanzieren können, so lange wir über jene Einnahmen verfügen, die uns nur durch unsere Souveränität gewährleistet sind, erscheint die finanzielle Belastung, die Liechtenstein aus seinem Engagement in Strassburg erwächst, mehr als nur tragbar.

W. B. WOHLWEND

Steuerrevision ist in entscheidender Phase

Pressegespräch mit den Mitgliedern der Fürstlichen Regierung am Dienstag

Die Arbeiten für die Revision des Steuergesetzes befinden sich derzeit in einer entscheidenden Phase, sagte Regierungschef Hans Brunhart am Dienstag beim allmonatlichen Pressegespräch mit der Regierung. Über einen genauen Zeitplan, bis wann mit der parlamentarischen Behandlung der Regierungsvorlage gerechnet werden kann, wollte er sich nicht äussern, doch wird nach seinen Vorstellungen noch in diesem Sommer ein entsprechender Entwurf vorliegen.

Die weiteren Themen des Pressegesprächs waren der Eingliederung von Ausländerkindern in unseren Schulen, der vorgesehenen Sanierung der Bahnübergänge im Ortszentrum Schaan sowie den ersten Auswirkungen der Alpanierung gewidmet.

Steuergesetz: Zeitplan nicht eingehalten

Der ursprünglich festgelegte Zeitplan bei der Revision des Steuergesetzes, die einen Übergang zum System der allge-

meinen Einkommensbesteuerung bringen will, ist in den letzten Jahren arg durcheinander geraten. Nach einem 1977 veröffentlichten Bericht, der die wichtigsten Grundzüge der geplanten Steuerrechtsreform enthielt, hätte ein erster Entwurf 1980 an das Parlament weitergeleitet werden sollen. Überdies bestand damals die Auffassung, dass jeder Steuerpflichtige in einer Art eines völlig offenen Vernehmlassungsverfahrens zu den vorgesehenen Änderungen des Steuerrechts Stellung beziehen können. Ein derartiger Informationsbericht mit beigelegtem Fragebogen ist jedoch bei den Steuerpflichtigen nie angelangt. Hat die Regierung von ihren ursprünglichen Vorstellungen Abstand genommen oder liegt die Arbeit am Steuergesetz so weit zurück, dass diese Vernehmlassung erst in nächster Zeit erfolgen wird?

Regierungschef Hans Brunhart erklärte dazu, dass die Regierung vom ursprünglich geplanten Vorgehen abge-

kommen sei, da sich gezeigt habe, dass die Vernehmlassungen umso ergiebiger seien, je konkreter die Vorlage aussehe. Die Diskussion über die Grundsätze des neuen Steuerrechts ist nach seinen Worten in der sogenannten Gemischten Kommission geführt worden. Man müsse sich fragen, so Brunhart, ob eine öffentliche Vernehmlassung über ein Steuergesetz, dessen definitive Ausgestaltung noch nicht vorliege, überhaupt sinnvoll sei. Überdies seien durch die Vernehmlassung in der Wirtschafts- und Interessenverbänden viele Leute mit den Grundsätzen der Steuerreform konfrontiert worden.

Der Regierungschef hofft, im Verlaufe des Sommers einen ersten Gesetzesentwurf vorlegen zu können, der anschliessend in eine Vernehmlassung gehen wird. Die Fragen liegen nach seinen Ausführungen bereits jetzt auf dem Tisch, so dass die Entscheidungen gefällt werden können. Einen genauen Zeitplan wollte Brunhart nicht nennen, doch bezeichnete er 1983 und 1984 als entscheidende Jahre. Überdies sei der Zeitplan vom Ablauf der Vernehmlassung abhängig. Das Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes hänge natürlich auch von der Arbeitsweise des Landtags - und der früher vorgesehenen Volksabstimmung? - ab.

Eingliederung von Ausländerkindern

Zur Frage, wie Ausländerkinder aus fremdsprachigen Gebieten in unsere Schulen eingegliedert würden, erklärte

(Fortsetzung auf Seite 2)

500 Jahre «Alter Zoll» Schaanwald: Familiengeschichte als Zeitgeschichte

(hoe) - Den heutigen Besitzern des «Alten Zoll» in Schaanwald steht ein ganz grosses Ereignis ins Haus: zu Pfingsten dieses Jahres werden es auf den Tag genau 500 Jahre her sein, als Sigismund Freyherr von Brandis im Jahre 1483 mittels Erblehens-Vertrag die damalige Mühle, samt Haus und Umschwung an einen gewissen Konrad Seifrid in Schaanwald urkundlich überschrieb.

200 Jahre lang, von 1635 bis nach dem Franzosenkrieg, bestimmten die Matt-Familien nicht nur die Geschichte der Taverne und Mühle in Schaanwald, sondern prägten auch in grossem Masse die Geschichte von Mauren. 1972 ist der traditionsreiche Gasthof «Alter Zoll» durch Kauf wieder in die Matt-Familie zurückgekehrt.

Das heutige Besitzer- und Wirtepaar Wilhelm Ruegner-Matt hat aus Anlass des 500jährigen Jubiläums eine Haus-Chronik verfasst, die gleichsam die Familiengeschichte als Zeitgeschichte erscheinen lässt. Die Matt-Familien sind etwa in den Jahren 1548 aus dem Walsertal nach Mauren gezogen. Sie galten als Freie Matten.

Viele Besitzerwechsel

1834 gingen die Liegenschaften mittels Kauf an Martin Josef Marxer von Nendeln (Halbbruder zu Peter Matt) über. 1858 erbtte Albertina Marxer das Anwesen. 1873 übernahm dann Kreszenz Marxer, geb. Quaderer (Witwe des Wendelin Fehr) Mühle, Haus und Gaststätte, die dann an Wilhelm Fehr

1878 weiter vererbt wurde. 1903 trat dann Karl Schädler aus Vaduz in Erscheinung, der das Anwesen kaufte und es 1954 Pepe Schädler als Erbe hinterliess. Dieser wiederum vererbte es an seine Töchter im Jahre 1971 und 1972 wurde der «Alte Zoll» von der Familie Wilhelm Ruegner-Matt per Kauf übernommen.

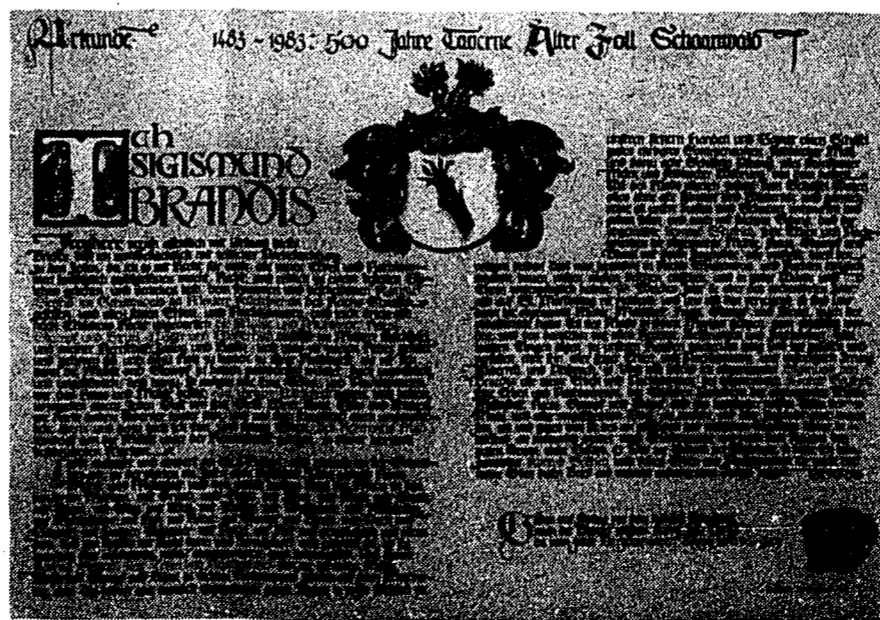
Wechselvolle Geschichte

Über die wechselvolle Geschichte dieses traditionsreichen Gasthauses berichten wir im Innern der heutigen Ausgabe, wobei wir uns hauptsächlich auf Daten aus der Haus-Chronik stützen. Die 500-Jahrfeier des Gasthof

«Alter Zoll» erscheint im Zusammenhang nicht nur als Familiengeschichte, sondern auch als Zeitgeschichte.

● Unsere Aufnahme zeigt eine wortgetreue Nachahmung der Urkunde die bezeugt, dass am Freitag vor Pfingsten anno 1483 Sigismund Freyherr von Brandis, der damalige Landesherr, die Mühle samt Haus und Umschwung dem «frommen und bescheidenen» Konrad Seifrid im Erblehensrecht übergeben hat. Diese Urkunde hängt in den Gasträumen des «Alten Zoll».

(Bild: A. Kieber)



Maturatypus E wird anerkannt

Die Eidgenössische Maturitätskommission ist aufgrund von Berichten ihrer Mitglieder und nach Prüfung der für die Schule geltenden Rechtsgrundlagen zur Auffassung gelangt, dass das Liechtensteinische Gymnasium in jeder Hinsicht den Anforderungen entspricht, die gemäss Maturitäts-Anerkennungsverordnung an eine eidgenössisch anerkannte Maturitätsschule gestellt werden. Die Regierung nimmt das Schreiben des Eidgenössischen Departementes des Innern mit dem Ergebnis der Überprüfung zur Kenntnis.

Gemäss einem Beschluss der Eidgenössischen Maturitätskommission ergeht an die zuständigen schweizerischen Hochschulbehörden die Empfehlung, Inhaber des liechtensteinischen Maturitätszeugnisses nach Typus E bezüglich der Zulassung zu den Studien gleich zu behandeln wie die Inhaber eidgenössisch anerkannter Maturitätszeugnisse. Eine ähnliche Empfehlung hat die Kommission im Jahre 1976 für den Maturatypus B ausgesprochen.